



## Saisonaufakt geclückt

Der Liechtensteiner Modellflugpilot Stefan Kaiser landet in Belgien auf dem starken zweiten Rang. 17

## Der Wein im Unterland hat gelitten

Die Rückkehr des Winters vergangene Woche hat in den Rebbergen von Weinbau Hoop Schaden angerichtet. 7



## Kritischer Zustand

Schutzwald ist massiv überaltert 3

## Gefahr für Bienen

Imker stehen vor Herausforderungen 7

## Liechtenstein-Weg

Viele ruhige Stellen in Schellenberg 9

## Sterbehilfe

Exit hat 110 Mitglieder in Liechtenstein 11

## Sapperlot

Was stimmt und was ist kompletter Blödsinn? Auch im Internet, einem schier unendlichen Pool von Meinungen, Fakten, Wissen und Vermutungen, muss das Richtige vom Falschen getrennt werden. Das gelingt aber nicht immer, wie beispielsweise die Debatte über das Impfen zeigt. Seit Ende der 90er-Jahre hält sich die Behauptung von Andrew Wakefield, dass es einen Zusammenhang zwischen Impfungen und Autismus gibt – was nachweislich nicht stimmt. Ich sage nicht, dass es schlecht ist, kritisch zu sein und zu hinterfragen. Es gibt jedoch einen gewaltigen Unterschied zwischen gesunden und fundierten Zweifeln und einem blinden Glauben an etwas, ohne sich ausreichend mit der Thematik auseinanderzusetzen zu haben. Meine Meinung ist dabei ganz klar: Wer mitredet, sollte sich richtig informieren. Wer mit falschen «Fakten» um sich wirft, tut niemandem einen Gefallen – und im schlimmsten Fall schadet er damit nicht nur sich, sondern auch anderen. *Andreas Laternser*

50 Jahre 1969-2019  
Isch Not am Ma, am Risch lüt al!  
0800 077 077  
DAS BESTE FÜR DIE RESTE

# Prämienverbilligung: 62 Prozent stellen kein Gesuch

**Krankenkasse** Geringverdienende haben Anspruch auf Prämienverbilligung. Doch von den 7052 anspruchsberechtigten Personen stellen nur rund 38 Prozent einen Antrag.

Patrik Schädler  
pschaedler@medienhaus.li

Die Kosten für die Krankenkassenprämien sind ein Dauerbrenner. Nicht nur an jedem Küchentisch, sondern auch in der Politik. Doch die Regierung will derzeit keine grossen Änderungen umsetzen. Der Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP) will die Regierung auf 29 Millionen Franken belassen. Der definitive Beitrag wird im Juni-Landtag beschlossen. Dieser Beitrag hat einen direkten Einfluss auf die Prämienhöhe. Jede Million des Staates mehr bedeutet für die Versicherten eine OKP-Prämienreduktion von 2.60 Franken pro Monat oder 31.20 Franken pro Jahr. Die Freie Liste hat bereits angekündigt, dass sie wie im vergangenen Jahr eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrages beantragen wird. Die VU-Fraktion wollte für 2019 den Beitrag von 29 auf 33 Millionen erhöhen, wurde aber damals von der FDP-Fraktion und der DU-Fraktion «niedergestimmt», wie es VU-Präsident Günther Fritz ausdrückt. Ob die VU-Fraktion einen erneuten Antrag stellt, ist noch offen. «Die parteiinternen Diskussionen sind erst angelaufen. Wir werden die Regierungsbeschlüsse bis zum Juni-Landtag kritisch durchleuchten und sicher zu Lösungsvorschlägen kommen, die finanzpolitisch verantwortbar und sozialpolitisch sinnvoll sind», so Fritz.

## Ist die Möglichkeit zu wenig bekannt?

Nebst dem OKP-Staatsbeitrag sind derzeit auch die Prämienverbilligungen im Fokus der Diskussionen. So forderten auch die Demonstranten am vergangenen Samstag auf dem Peter-Kaiser-Platz in Vaduz: «Erweiterung der Prämienverbilligung zur Entlastung des Mittelstandes.» Heute



Die Forderung der Demonstranten – «Bezahlbare Prämien für alle» – ist unbestritten. Doch die Massnahmen, welche zu diesem Ziel führen, werden weiterhin für intensive Diskussionen sorgen. Bild: Jürgen Posch

können einkommenschwache Einzelpersonen und Familien einen entsprechenden Antrag stellen. Wer als Einzelperson weniger als 45 000 Franken oder als Paar weniger als 57 000 Franken verdient, erhält vom Staat eine entsprechende Subvention.

Die VU-Fraktion hat mit einer Interpellation die Regierung um die Berechnung verschiedener Szenarien gebeten, damit die Folgen einer Ausweitung sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Anzahl der anspruchsberechtigten Personen absehbar sind. Die Regierung hat die Beantwortung der VU-Interpellation am vergangenen Dienstag verabschiedet. Die grösste Überraschung: Das Geld wird nicht abgeholt. Bei den heutigen Einkommensgrenzen hätten 7052 Personen in Liechtenstein Anspruch auf Prämienverbilligung. Abgerufen wird die

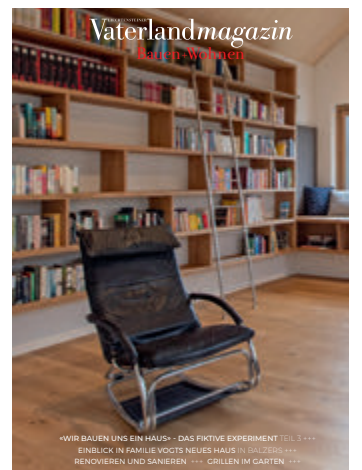
Subvention aber nur von 2667 Personen oder rund 38 Prozent. Dies hat auch VU-Parteipräsident Günther Fritz überrascht: «Das heisst konkret, dass mehr als die Hälfte der anspruchsberechtigten Einzelpersonen mit einem Einkommen bis zu 45 000 Franken und von Paaren mit einem Einkommen bis zu 57 000 Franken keine Prämienverbilligung beantragt.»

Über die Gründe kann nur spekuliert werden. Ein Grund für den VU-Parteipräsidenten ist, dass es «Fälle von Anspruchsberechtigten gibt, die lieber in anderen Bereichen sparen, bevor sie einen Antrag ans Amt für Soziale Dienste stellen, da ihr Selbstwertgefühl darunter leiden würde». Daneben dürfte aber auch die fehlende Information ein erheblicher Grund sein. Im Gegensatz zur Schweiz werden in Liechtenstein

die Anspruchsberechtigten vonseiten des Amtes nicht schriftlich auf die Möglichkeit hingewiesen.

## Variante Kaiser würde 5,7 Millionen mehr kosten

Schon vor der Beantwortung der VU-Interpellation hat der parteifreie Abgeordnete Johannes Kaiser eine Initiative für eine erhebliche Ausweitung der Prämienverbilligung eingereicht. Er ging davon aus, dass sein Vorschlag gegenüber heute 3,2 Millionen Mehrkosten nach sich ziehen würde. Wie eine Berechnung von Regierungsrat Mauro Pedrazzini ergeben hat, würde die Variante Kaiser aber 5,7 Millionen zusätzlich kosten. Aufgrund dieser Zahlen und Fakten werde die VU nun das weitere Vorgehen im Bereich der Prämienverbilligung prüfen, führt Parteipräsident Günther Fritz aus. 3



## Der Innenausbau schreitet voran

**Beilage** Das heute dem «Liechtensteiner Vaterland» beigelegte «Bauen+Wohnen»-Magazin zeigt im dritten Teil «Wir bauen uns ein Eigenheim», wie der Innenausbau langsam, aber sicher Formen annimmt. Nebst der Heizung und den sanitären Installationen erhält das Haus sämtliche Bodenbeläge und wird zu einem «Smart Home» gemacht. Der Garten lädt in den kommenden Monaten wieder zum Entspannen und gemütlichen Beisammensein ein. Dabei wird vielerorts der Grill angeworfen und die gemütlichen Abende mit Freunden und Familie können kommen. Was es dabei zu bachten gibt, erfahren Leser in der aktuellen Ausgabe von «Bauen+Wohnen». (lb)

## S-Bahn auch im Oberland

**Umfrage** 59 Prozent der Teilnehmer an der «Vaterland»-Umfrage würden dem Projekt FL.A.CH zustimmen, wenn die S-Bahn auch auf das Oberland ausgeweitet würde. 37 Prozent verneinten und für 4 Prozent würde das keinen Unterschied machen. Ander Umfrage haben insgesamt 1053 Personen teilgenommen. (lat)

## Neue Umfrage der Woche

Soll der OKP-Staatsbeitrag für das Jahr 2020 vom Landtag erhöht werden?  
[vaterland.li/abstimmungen](http://vaterland.li/abstimmungen)

# Berufsbildung?

Wissen wie weiter.

[www.next-step.li](http://www.next-step.li)



Eine Initiative der Regierung und der Wirtschaftsverbände.